

Mitteilungen

Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze

Der Hinweis auf das bereits 1954 erschienene Standardwerk von Gerhard Ritter¹ mag, auch wenn er spät erfolgt, hier deshalb gerechtfertigt sein, weil er Gelegenheit bietet, die Aufmerksamkeit auf die Frage zu lenken, wie die Widerstandsbewegung gegen Hitler zu Deutschlands Ostproblemen gestanden hat. Dabei ist sofort die Einschränkung zu machen, daß Goerdelers Ansichten wohl nicht als repräsentativ gelten können. Immerhin lassen sie sich bei ihm am ausgeprägtesten nachspüren, was unmittelbar mit Herkunft und Lebensweg zusammenhängt.

Eindrücke seines Elternhauses, die „sonnige bürgerliche Welt des 19. Jhs.“, der Geist altpreußisch-konservativen Beamtentums, das Leben der Städte im preußischen Osten — Schneidemühl, wo Carl Friedrich Goerdeler 1884 als Sohn eines Amtsrichters geboren, und Marienwerder, wo er aufgewachsen ist — bestimmten seine geistige Entwicklung. Das deutsch-polnische Verhältnis hat zu den meisterörterten Themen schon der väterlichen Tafelrunde gehört (S. 23). Ein in Königsberg 1905 abgeschlossenes Rechtsstudium führte ihn zur Kommunal-, der Erste Weltkrieg zur Militärverwaltung im Lande Minsk in Weißrußland.

Die nationale Abwehrbewegung gegen den Versailler Vertrag rief ihn im Juni 1919 nach Westpreußen, wo sich eine Art von Bürgerkrieg gegen Polen vorzubereiten schien, ist doch „nirgends die Schöpfung des polnischen Korridors und der Freien Stadt Danzig so schwer ertragen, so sehr als Unnatur empfunden worden, wie in diesem Streifen Westpreußens hart hinter der Weichsel“ (S. 23). Unter dem Eindruck der polnischen Bedrohung entstand bei Goerdeler der Gedanke einer militärischen „Niederwerfung Polens als einzige Möglichkeit, das Deutschtum im Osten und die Ostmark dem Reiche zu retten“, wobei die politische Vernunft mit dem zur „Aktion“ drängenden Patriotismus in Konflikt geraten sein mag. Neben diese abenteuerlichen Pläne tritt bald die praktische Vorbereitung zur Abstimmung in Westpreußen, folgen Gedanken über die politische Organisation des Deutschtums in den abzutretenden Gebietsteilen. Seine Wahl zum zweiten Bürgermeister von Königsberg 1920 gab ihm die breit genutzte Möglichkeit, an der nationalen Propaganda gegen den „Korridor“ aus der ostpreußischen Exklave heraus mitzuwirken. Von ihm sind damals viele Vorträge gehalten worden, in denen zwei Landkarten der Grenzprovinz „Einst“ und „Jetzt“ eine große Rolle spielten. In dieser Zeit hat sich Goerdelers Einstellung zur Ostgrenze Deutschlands geprägt, die sich kaum mehr wandeln sollte. Es war die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages, durch dessen „blutende Grenzen“ sich Goerdeler, der nach eigener Einsicht „in einem Nationalismus enger Art“ erzogen und aufgewachsen war (S. 26), in seinem fast blinden Vertrauen auf die Macht politischer Ideale und moralischer Grundsätze im öffentlichen Leben tief betrogen und verletzt fühlte. Das Gefühl zerstörten Rechts war die stärkste Trieb-

1) G. Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1954. 630 S., 4 Abb., 1 Faks.

feder in Goerdelers politischem Denken und Handeln, gerade im Hinblick auf seine zu keiner Zeit aufgegebenen Forderung der Wiederherstellung der deutschen Ostgrenze von 1914. Es überlagerte selbst die reale Tatsache, daß eine Grenze „nach völkischen Gesichtspunkten“, wie sie im Winter 1939/40 von den Widerstandskräften durch Reichsgerichtsrat von Dohnanyi von Großbritannien gefordert werden sollte, eben jene von 1914 nicht generell gerechtfertigt erscheinen lassen mußte.

Die Kritik an Versailles und seinen wirtschaftlichen Folgen war es auch, die Goerdeler politisch in die Nähe des Nationalsozialismus brachte, so sehr auch das lärmende Wesen, die Gewalttätigkeit des Auftretens und die hemmungslose Propaganda der Hitlerpartei seiner konservativen, durchaus bürgerlichen Natur zuwider gewesen sind. So wenig wie die meisten anderen Deutschen, deren Sehnsucht nach nationaler Freiheit und Selbstbestimmung und sozialem Ausgleich er teilte, hat Goerdeler die ganze Dämonie der nationalsozialistischen Bewegung von Anfang an erfaßt (S. 61). Sein unbegrenzter Tätigkeitsdrang und sein optimistischer Glauben an die eigene Fähigkeit, durch vernünftiges Ordnen und Zureden immer Gutes zu wirken, bewogen ihn, im November 1934 unter Hitler das Preiskommissariat zu übernehmen, auch wenn seine Denkschrift „An den Reichskanzler“ vom Spätsommer 1934 schon den ersten, noch ganz offen geführten Vorstoß gegen die Parteiherrschaft dargestellt hatte (S. 68 ff.). In ihr wurden auch Zweifel gegen die neue Polenpolitik Hitlers angemeldet, wie sie die Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 geschaffen hatte. Goerdeler glaubte als geborener Westpreuße die Polen zu kennen, mit ihnen war seiner Meinung nach auf die Dauer kaum Friede möglich, Danzigs Zukunft erschien ihm nach wie vor aufs schwerste bedroht. So forderte er: „An der Spitze der politischen Betrachtung muß die Erkenntnis stehen, daß das deutsche Volk um die Sicherung seiner Existenz kämpfen muß. Das von seiner Ostmark getrennte Deutschland kann überhaupt unter vernünftigen Bedingungen nicht leben; der Korridor ist ein Pfahl im Fleisch seiner Wirtschaft und seiner Ehre.“ Hier war schließlich von einem „endgültigen Befreiungskampf“ die Rede, zu dem Deutschland gerüstet werden mußte. Eine kommende antipolnische Wendung nach dem von Goerdeler nur als zeitweise Entlastung zum Zwecke der Aufrüstung verstandenen Freundschaftsvertrag von 1934 bedurfte der „Rückendeckung durch entsprechende Verständigung mit anderen für uns wichtigen und verlässlichen Völkern“ — offenbar war dabei an die Westmächte, vor allem England, gedacht (S. 70), doch hatten nach Goerdelers Meinung „selbst die Franzosen seit 1930 die Unsinnigkeit des Korridors anerkannt“ (S. 27). Ähnliche Gedanken ließ Goerdeler in das Gutachten zur Devisenfrage vom August 1936 fließen, das ihm die Ungnade der Machthaber zugezogen hat. Sein Sparprogramm, im ganzen auch außenpolitisch auf Selbstbeschränkung und Mäßigung in den Zielen eingestellt, wobei Rechtssicherheit und Freiheit im Innern eine allgemeine Wirtschaftsverständigung mit der übrigen Welt und Vertrauensbasis bewirken sollten, beabsichtigte durchaus eine Belebung der Aufrüstung. Gewisse Fragen der deutschen Zukunft würden „nur mit dem Einsatz der Armee gelöst werden können“, besonders die Rückgewinnung des polnischen Korridors und die Revision der Ostgrenze überhaupt (S. 78). „Im übrigen will kein Volk in Europa ernstlich den Krieg, der ja für lange Zeit einen

Wiederaufstieg zur gewohnten Lebenshaltung verhindern und wesentliche Kulturerrungenschaften vernichten würde“ (S. 78). Eine solche nur mit den Maßstäben seiner Zeit zu messende Haltung, die sich ziemlich unverhüllt einer machtmäßigen und vermeintlich risikolosen Auseinandersetzung mit Polen zuwandte, mochte in dem eher moralischen als politischen Argument ihre Stütze haben, daß die westlichen Großmächte aus schlechtem Gewissen heraus nichts gegen eine von Deutschland gegen ein isoliertes Polen erzwungene Revision der Ostgrenze unternehmen würden. „Für die Aufrechterhaltung des Versailler Diktats gibt man keinen Schuß Pulver mehr“ — sollte er im Juli 1937 von einer Reise nach England berichten (S. 156). Allerdings stellte er nur „Änderungen mit den Mitteln friedlicher Entwicklung“ in Rechnung. Wie sich Goerdeler dabei zur Sowjetunion stellte, ist nicht klar; bei aller Ablehnung des Bolschewismus dürfte er sie im Sinne der bewährten Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee mit in seine eher konservative als revolutionäre Revisionspolitik eingeordnet haben. Festzuhalten bleibt jedoch, daß bei Goerdeler von keinem Umschlag von einer Revisionspolitik in eine Eroberungspolitik die Rede sein kann, wodurch sich ein entscheidender Unterschied zwischen seinem eng begrenzten Programm und dem ausufernden Drängen Hitlers ergibt. Goerdelers Denkschrift wurde von Hitler demnach auch als Vorschlag einer wesentlichen Rüstungsbeschränkung aufgefaßt und wird ähnlich gewirkt haben wie später die warnenden Ausarbeitungen des Generalstabschefs Beck von 1938. Von dieser Ablehnung her datiert die Wende in Goerdelers Wirksamkeit; sie brachte das Ende der Möglichkeit, durch direkte Stellungnahmen irgend etwas am Lauf der Dinge zu ändern. Sein Rücktritt vom Amt des Leipziger Oberbürgermeisters im Winter 1936/37, der aus Protest gegen die Beseitigung des Mendelssohn-Denkmal erfolgte, besiegelte diesen Zustand des offiziellen Ruhestandes, machte ihn aber auch frei für ganz andere Aufgaben. Seit 1937 fügt sich die Lebensgeschichte Goerdelers in den weiteren Zusammenhang mit der deutschen Widerstandsbewegung ein.

Am Rande sei vermerkt, daß Goerdeler ein Gegner jeglicher ideologischen Beeinflussung des Grenz- und Auslandsdeutschtums im Osten gewesen ist. Ebenso betont, wie er 1919 ein „kühles, vornehmes, ruhiges und mutiges“ Auftreten der vom Reich abgetrennten Deutschen forderte und gegen eine künstlich zu gründende nationale Einheitspartei war, indem er alle bisherigen Parteiorganisationen als Ausdruck natürlicher Gruppenbildung fortbestehen ließ und lediglich eine überparteiliche Arbeitsgemeinschaft empfahl (S. 25), verlangte er 1934, als die Wellen nationalsozialistischer Gleichschaltung über die Grenzen schlugen, den Verzicht darauf, das Auslandsdeutschtum in nationalsozialistischen Parteigruppen organisieren zu wollen. Das führte nach seiner Meinung nur zu seiner Spaltung und politischen Gefährdung, gerade auch in Danzig (und Pommerellen) (S. 71). Ähnliche Befürchtungen sprach er 1938 hinsichtlich der deutschen Volksgruppe in Rumänien aus (S. 204).

Alle Warnungen und Befürchtungen der deutschen Widerstandsgruppe, besonders auch Goerdelers anlässlich seiner zahlreichen Auslandsreisen, haben den Ablauf der politischen Ereignisse im östlichen Mitteleuropa nicht verhindern können. Die Beschwörung einer Verständigung mit England und Frankreich, einer friedlichen Generalbereinigung europäischer Probleme, war mißlungen;

selbst das bekundete Verständnis der Westmächte für die Lösung der wohlbekannten Forderungen Hitlers im Osten und Südosten (Danzig, Korridor, Sudetenfrage, Österreich), das Goerdeler und anderen Oppositionellen in England und Amerika entgegengetreten und nach Deutschland weitervermittelt worden war, hatte sich als nutzlos erwiesen. Bei den angelsächsischen Mächten ist lediglich die Forderung erhoben worden, daß die deutschen territorialen Wünsche nicht mit kriegertischer Gewalt erfüllt würden (S. 180). Hitlers militantes Vorgehen veranlaßte die Widerstandsgruppen sogar, sich von den Westmächten größeren Widerspruch, besonders bei der Auflösung der Tschechoslowakei, zu erhoffen, wobei Goerdeler selbst in den Zwiespalt geriet, die Angliederung des „deutschen, an Deutschland grenzenden“ Sudetenlandes von England zu fordern, das Regime aber, welches die gleiche Forderung, freilich mit völlig anderen Methoden, erhob, abzulehnen und auf seinen Sturz hinzuarbeiten (S. 164 f.). Goerdeler rückte sich und die ganze Oppositionsbewegung in ein Zwiellicht, aus dem sie nach Meinung mancher, besonders ausländischer Kritiker (J. W. Wheeler-Bennet², W. L. Shirer³, Z. Wojciechowski⁴, A. J. Kamiński⁵ u. a.) bis heute noch nicht herausgefunden haben. Auch Ritter schreibt über Goerdelers scheinbare „Zumutung an die englische Diplomatie: als handle es sich nur um eine andere Spielart desselben deutschen Imperialismus und unersättlichen Machtdrangs, den Hitler im Extrem verkörperte? Als wünsche man dessen außenpolitische Erfolge einzuheimsen, um ihn dann zu stürzen und bald darauf im wesentlichen dasselbe außenpolitische Spiel von neuem anzufangen?“

Dieser Verdacht sollte sich angesichts des Vorgehens Hitlers gegen Polen und der Lage nach der Zerschlagung dieses Staates, besonders aber angesichts der Äußerungen aus deutschen Widerstandskreisen über eine Neuregelung der deutsch-polnischen Grenzfrage nach einem anzustrebenden baldigen Friedensschluß noch stärker festsetzen. Hier zeigte sich nun, daß sich Goerdeler unter keinen Umständen bis zur Preisgabe deutscher Revisionsansprüche gegenüber den Grenzen von Versailles durchringen konnte, so stark auch ein geradezu tragischer Mißklang von ihm empfunden werden mochte, den legitimen Anspruch auf eine Revision der Versailler Ostgrenze durch Hitler erfüllt zu sehen. Noch in der Krisenzeit vor Kriegsausbruch, unmittelbar nach dem Einmarsch Hitlers in Prag, hatte er in Verbindung mit einem Vorschlag für eine engere Gemeinschaft zwischen England, Frankreich und Deutschland als Kern eines neuen, europäischen Staatenbundes gefordert, daß „die Frage des ‚Polnischen Korridors‘ durch einen friedlichen Ausgleich deutscher und polnischer Interessen aus der Welt geschafft werden soll, um die letzten noch aus dem Versailler Vertrag stammen-

2) John W. Wheeler-Bennet, *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918—1945*. Düsseldorf 1954.

3) William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*. Köln, Berlin 1961.

4) Zygmunt Wojciechowski, *Od Wersalu do Poczdamu*. [Von Versailles bis Potsdam.] In: *Przegląd zachodni* 1955, H. 5—6.

5) Andrzej Józef Kamiński, *Niemiecka opozycja przeciw Hitlerowi*. [Die deutsche Opposition gegen Hitler.] In: *Kwartalnik historyczny* LXII (1955), H. 6, S. 176—188.

den Spannungen zu beseitigen“ (S. 216). Goerdelers Programm einer neuen deutschen Außenpolitik lief auf einen „europäischen Staatenbund“, schließlich auf eine „Arbeitsgemeinschaft aller Völker“ hinaus, die „Kriege durch europäische Zusammenarbeit auf freiwilliger Grundlage ausschließen“ sollte (S. 218). Wenn sich angesichts des massiven Drängens von Hitler die Vision Goerdelers, in welcher das Reich der Zukunft nicht als ewiger Unruhestifter und Tyrann Europas, sondern als echte Friedensmacht erschien (S. 218), nicht erfüllen ließ, so war die Widerstandsbewegung eher bereit, die Lösung der Korridorfrage auf eine bessere Zukunft zu verschieben. Außerdem merkte die Opposition, daß es Hitler in Wahrheit gar nicht auf Danzig, sondern auf Polen und zuletzt auf „Lebensraum“ in der Ukraine ankam. Die Hingabe an das Nationale hatte bei Goerdeler jedenfalls den Sinn für eine europäische Solidarität nicht abgetötet.

Freilich mußte der Kern von Goerdelers Sache die polnischen Interessen beeinträchtigen, auch wenn der „friedliche Ausgleich“ sich grundlegend von der Methode Hitlers unterschied und er die eigene militante Haltung der Jahre kurz nach Versailles weit hinter sich gelassen hatte. Seiner Ansicht nach „mußte es im Rahmen des vernünftigen Gleichgewichts gestattet sein, daß Deutschland den Vorgängen an seiner Ostgrenze nach den Erfahrungen seiner Geschichte stets ein besonderes Interesse entgegenbrachte“ (S. 217). Wieweit trotzdem seine Einstellung zum polnischen Nachbarn unbewußt oder bewußt voller Wunschbilder, vielleicht auch Vorurteile steckte, die der Wirklichkeit Polens kaum entsprachen und noch aus der Zeit wilhelminischer Ostmarkenpolitik und väterlicher Tischgespräche stammen mochten, muß offenbleiben. Von niedrigem Haßgefühl gegen die Polen oder die slawischen Völker überhaupt kann jedenfalls keine Rede sein.⁶

Andererseits kann man nicht übersehen, daß die polnische Außenpolitik 1938/39 durchaus nicht dazu dienen konnte, die Haltung Goerdelers und der Widerstandsbewegung klärend zu erleichtern. Wenn die deutsche Opposition gegen Hitler einerseits wünschen mußte, daß die zögernde britische Regierung sich zu einer mutigen, ruhigen und festen Haltung gegenüber Hitler und Ribbentrop durchrang, so mußte sie andererseits befürchten, daß diese britische Festigkeit, die eine friedliche Lösung der Korridorfrage durch eine deutsch-polnische Verständigung durchaus mit einbezog, auf polnischer Seite zu einer verhängnisvollen Versteifung führte. Sie war zweifellos eingetreten, auch wenn man berücksichtigt, daß von Anfang an kaum eine Verhandlungsbereitschaft zu spüren gewesen war. Selbst auf einem Gebiet, wo Polen selbst etwas hätte einhandeln können, in den bilateralen Volksgruppenverhandlungen, waren die Brücken noch lange vor den Prager Märzereignissen und der britischen Garantieerklärung an Polen von Warschau aus abgebrochen worden. So ist — nach Ritter (S. 223) — wohl festzuhalten, daß das Hilfsangebot Englands an Polen nicht auf Anregung der deutschen Opposition zurückgeht — weder direkt noch indirekt. Es scheint eher, daß sie davor gewarnt habe, die polnische Politik durch eine Art von „Blankoscheck“ allzusehr zu ermutigen und dadurch ihre Abneigung gegen jede Konzession in der Korridorfrage noch zu verstärken (S. 226). Indessen sollten sich alle Spekulationen und Be-

6) Dies behaupten, freilich ohne ausreichenden Nachweis, R. Rudolph und G. Seifert in der sowjetzonalen „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, IV (1956), H. 1, S. 188.

mühungen um die Rettung des Friedens als erfolglos erweisen. Der Versuch Hitlers, die britische Politik doch noch in die Neutralität abzurängen, war mißglückt, ein Scheinangebot von „16 Punkten“ an die Polen zu einer friedlichen Regelung der Korridorfrage sollte die Schuldfrage um den Krieg verschleiern, der am 1. September 1939 mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen begann.

Angesichts der großen und raschen Erfolge Hitlers in Polen geriet die deutsche Opposition in schwere Verlegenheit und Ratlosigkeit. Das Heranrücken der Sowjetunion über das aufgeteilte Polen an die deutschen Grenzen empfand man als Bedrohung ganz Europas, die rigorose Behandlung der polnischen und jüdischen Bevölkerung im besetzten Gebiet als eine nationale Schande. In der vielfältig geäußerten Scham darüber, was sich seit 1939 als nationalsozialistische Polenpolitik abspielte, kam zum Ausdruck, daß das sittliche Bewußtsein und der Sinn für Humanität den Überflutungen des pervertierten Nationalen keineswegs erlegen war. Erschwert wurde die Lage der Widerstandsgruppen aber noch durch die propagandistische Friedensoffensive Hitlers nach dem Polenfeldzug. Goerdeler versprach sich eine Abschwächung dieser Initiative durch den Rückgriff auf seine alte Idee, wonach die Westmächte dem deutschen Volk die Befriedigung seiner gerechten Ansprüche im Osten in Aussicht stellen sollten, wenn die deutsche Regierung bereit wäre, Polen — allerdings ohne seine „deutschen Gebietsteile“, die vermutlich von der Grenze von 1914 umfaßt wurden — und die Tschechoslowakei in den Grenzen nach München wiederherzustellen, gleichzeitig aber eine gesicherte Rechtsordnung in Deutschland zu schaffen. Das Utopische dieser Pläne hat Goerdeler schon nach wenigen Tagen selbst empfunden (S. 235), auch wurde Hitlers Friedensappell von Daladier und Chamberlain im Oktober 1939 abgelehnt.

Als angesichts der von der Generalität abgelehnten Pläne Hitlers für einen Angriff auf Frankreich bei den deutschen Verschwörern erneut der Gedanke eines Gewaltstreiches aufkam, wurden für den Fall des Gelingens Aufrufe und Denkschriften entworfen, so von einer Aktionsgruppe des Auswärtigen Amtes. Als ehrenhaft wurde dabei ein Frieden angesehen, „der Polen und die Tschechoslowakei etwa in den Grenzen des Münchener Abkommens wiederherstellen, eine Landbrücke nach Ostpreußen schaffen, das ostoberschlesische Industrierevier dem Reich wieder eingliedern, uns aber nicht mit fremdem Volkstum belasten würde“ (S. 241). Hier ist nicht generell von der Restauration des Zustandes von 1914 die Rede, da die ehemalige Provinz Posen unerwähnt blieb. Dagegen übermittelte Goerdeler selbst von Stockholm aus gewisse Friedensvorschläge an Lord Vansittart, die auf eine Wiederherstellung der deutschen Ostgrenzen von 1914 hinausliefen. Aus London wurde ihm die Antwort zuteil, daß das jetzt nicht mehr so leicht durchzusetzen sein werde (S. 252). Auch nach einem Vorschlag des Botschafters Ulrich v. Hassell im Februar 1940 an Halifax sollte „im Osten die deutsch-polnische Grenze etwa wie 1914 verlaufen“ (S. 256), Polen und die Tschechoslowakei aber wiederhergestellt werden. v. Hassell legte besonderes Gewicht darauf, daß mit den britischerseits zugestandenen Friedensbedingungen keine Forderung eines inneren Umsturzes verknüpft wurde. Im Entwurf einer Regierungserklärung vom Januar oder Februar 1940 für den Fall einer Regimeänderung, ebenfalls von v. Hassell verfaßt, hieß es gleich im ersten Satz: „Die

deutsche Regierung ist entschlossen, den Krieg, in den Europa unglücklicherweise gestürzt worden ist, mit aller Kraft weiterzuführen, bis ein Friede gesichert ist, der den Bestand, die Unabhängigkeit, die Lebensbetätigung und die Sicherheit des Deutschen Reiches und Volkes gewährleistet und gegenüber Polen im wesentlichen die alten Reichsgrenzen wiederherstellt“ (S. 496, Anm. 52).

Hatten diese Führer des Widerstandes nach England auch keinen praktischen Nutzeffekt gebracht, so gelang es doch der über den Vatikan tätigen Gruppe mit Dr. Josef Müller und Dr. Hans v. Dohnanyi, von der britischen Regierung das Versprechen zu erreichen, eine innerdeutsche Krise militärisch nicht auszunützen, ferner Zusicherungen für den Friedensschluß mit einer neuen deutschen Regierung nach einem Sturze Hitlers zu erhalten. Die britische Regierung erklärte sich damit einverstanden, „daß Österreich und das Sudetenland beim Reich verblieben, etwa in den Grenzen des Münchener Abkommens, und daß die Ostgrenze nach völkischen Gesichtspunkten revidiert würde“ (S. 258). Von einer „Revision der Grenzen unter Einbeziehung der volksdeutschen Bevölkerung in den Grenzgebieten“ ist — unter anderem — auch in einem weiteren Zeugenbericht über die Grenzabmachungen die Rede (S. 497), der als relativ bester Ersatz für den verlorengegangenen Bericht v. Dohnanyis gelten kann. Hier erhebt sich freilich die Frage, was unter „völkischen Gesichtspunkten“ und „volksdeutscher Bevölkerung in den Grenzgebieten“ von der Widerstandsbewegung verstanden worden ist. Es hat den Anschein, daß sie sich über die seit 1919 in den ehemals preußisch-deutschen Gebieten im Gange gewesene Entdeutschung nicht im klaren gewesen ist, die kaum noch „Grenzgebiete“ mit unbestritten deutschen Mehrheiten übriggelassen hatte. Mochten Revisionswünsche allein auf Grund der Sprachen- oder Nationalitätenkarten in der Zeit des Versailler Vertragsabschlusses durchaus gerechtfertigt sein, so mußte eine neue Grenzziehung nach den alten Forderungen die größten Schwierigkeiten heraufbeschwören, auch wenn man berücksichtigt, daß „schwebendes Volkstum“ in Oberschlesien und Pommerellen mit für das Deutschtum in Anspruch genommen werden durfte. Ob sich die Opposition über solche Probleme Gedanken gemacht hat, ist nicht bekannt, aber kaum anzunehmen. Diese Versuche, einen Frieden zu erreichen, sind außerdem von den Ereignissen überrollt worden. Hatte die Opposition die Ausweitung des Kriegsschauplatzes auf den Norden und bis zum Atlantik 1940 nicht verhindern können, so geriet sie durch den Angriff Hitlers auf die Sowjetunion 1941 in eine noch kompliziertere Situation, auch wenn sie für ihre Forderungen an der Ostgrenze zunächst scheinbar positive Elemente erkennen wollte.

Mit aller Kraft des Verstandes und Gemütes sich „wider den Siegestaumel“ wendend und „Zukunftspläne für Deutschland“ (Kapitelüberschrift bei Ritter, S. 266—311) schmiedend, kommt Goerdeler zu der Überzeugung, daß „es kein gutes Ende nehmen kann . . .; selbst dann, wenn der Westen seinen Frieden macht und der Bolschewismus zurückgeworfen oder gestürzt wird, selbst wenn Deutschland den Raum vom Nordkap bis zum Kap der Guten Hoffnung, vom Atlantik bis zum Dnjepr oder Ural militärisch beherrschen sollte. Warum nicht? Weil Hitler außerstande ist, einen solchen Raum so zu beherrschen, daß die Ehre und Freiheit der darin wohnenden Völker bewahrt bleiben — unentbehrliche Voraussetzungen dafür, daß sie Höchstleistungen vollbringen“ (S. 267). Trotz allen territo-

rialen Eroberungen sieht Goerdeler den Verfall deutscher Macht unausweichlich kommen, wenn ein Sturz Hitlers nicht gelingen sollte.

Aus der Verzweiflung heraus über den unnötigerweise begonnenen und dann noch erweiterten Krieg⁷ machte sich Goerdeler Gedanken um ein künftiges Deutschland in Europa, die auch seine Zustimmung zu den „notwendigen Grenzberichtigungen“ gegenüber Polen in einem anderen Licht erscheinen lassen, als es durch Hitler auf diesen ganzen Fragenkomplex gefallen war. Sein Ideal freier Selbstverantwortung des einzelnen im liberalen Rechtsstaat überträgt Goerdeler auf den Bereich der internationalen Beziehungen. Die Aufgabe einer gesunden Neugestaltung Europas sollte es werden, den freien Wettkampf der Nationalwirtschaften und der nationalen Kulturen in eine gesicherte Ordnung zu bringen. Leidenschaftlich protestiert er gegen die Vergewaltigung anderer Nationen: „Kein Volk lebt allein auf dieser Welt; Gott hat auch noch andere Völker geschaffen und sich entwickeln lassen... Ewige Unterdrückung anderer widerspricht offenbar ebenso den Geboten Gottes wie der vernünftigen... Erkenntnis, daß nur freie Menschen höchste Leistungen vollbringen und daß nur deren gegenseitiger Austausch dauernd Leben erhält und verbessert“ (S. 270). Als nationale Schmach erscheinen ihm die „Bestialitäten der SS in Polen“ und die „planmäßig und bestialisch vollzogene Ausrottung der Juden“ (S. 233 u. 279).

Man kann — mit Ritter, S. 265 und 273 — durchaus den Eindruck haben, daß Goerdeler aus der „höllischen Verstrickung zwischen patriotischem Empfinden und sittlichem Pflichtbewußtsein als Weltbürger“ „sich völlig losgelöst hatte vom Nationalismus ‚deutschnationaler‘ Parteikreise“ und „weit über eine äußerliche Anbetung der Macht im Sinn altpreußischer ‚Militaristen‘ hinausgewachsen war“. Wie wären sonst seine außenpolitischen Pläne, ja Phantasien und Träume in den zahlreichen Denkschriften zu verstehen, etwa in der großen Denkschrift „Das Ziel“, deren außenpolitischer Abschnitt nicht lange vor dem Beginn des Rußlandfeldzuges entstanden sein kann (S. 319) und dazu bestimmt war, die Generäle für einen Staatsstreich zu gewinnen. Die neu zu schaffende Europa-Union, die Goerdeler vorschlug, sollte keine „Gleichschaltung“ der europäischen Nationalstaaten kennen. Jeder sollte volle Freiheit behalten, sich nach eigenen Wünschen politisch zu organisieren.⁸ Selbst ihre antibolschewistische Einstellung durfte kei-

7) In zwei seiner Niederschriften in den Jahren 1940/41 klingt der Gedanke an: „Vielleicht waren einige militärische Handlungen erforderlich, um die notwendigen Grenzberichtigungen zu erzielen.“ Aber sie hätten sich diplomatisch so vorbereiten lassen, daß sie „gewissermaßen als feine Blinddarmoperation mit sicherem Erfolg und ohne den ganzen Körper in Anspruch zu nehmen und zu gefährden, durchgeführt werden konnten“. Wie Ritter bemerkt, steht diese Sicht im Widerspruch zur Wirklichkeit der letzten Stunden vor Kriegsausbruch und der Verhandlungen Ribbentrop—Lipski. Goerdeler gab, nachdem er vermutlich Näheres über den wahren Sachverhalt erfahren hatte, in einer weiteren Niederschrift eine zutreffendere Schilderung. Vgl. G. Ritter, S. 270 u. S. 500, Anm. 7.

8) Von der „Schaffung einer Föderation freier Nationen, zu denen auch Polen und die Tschechoslowakei gehören sollen“, handelten (nach John W. Wheeler-Bennett, S. 553 ff.) Vorschläge, die von dem Sendboten des deutschen Widerstandes, Pastor Schönfelder aus Schweden, Ende Mai 1942 über Bischof Bell von

nen „militärischen Zwangseingriff in Rußland“ rechtfertigen, das künftig „allmählich in eine europäische Zusammenfassung einzubeziehen“ war. Mochten auch „die zentrale Lage, die zahlenmäßige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit dem deutschen Volk die Führung des europäischen Blocks verbürgen“, so war doch gerade im Hinblick auf die kleineren Nachbarn im Osten Goerdelers Vorstellung wichtig, daß „in die Führung diejenige Nation hineinwachsen werde, die gerade die kleinen Nationen achtet und ihre Geschicke mit weisem Rat und weiser Hand, nicht mit brutaler Gewalt zu leiten versucht“ (S. 320).

Goerdelers Zukunftshoffnungen wurden durch den Gang der Ereignisse enttäuscht. Der Beginn des Rußlandfeldzuges, der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg, das britisch-sowjetische Bündnis vom Mai 1942 mit der gegenseitigen Verpflichtung, „weder mit der Hitler-Regierung noch mit einer anderen deutschen Regierung, die nicht klar auf alle Angriffsabsichten verzichtet, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten“, zwangen Goerdeler zu Abstrichen an seinem Friedensprogramm. Ein Entwurf Goerdelers vom Dezember 1942 spricht daher nicht mehr von einfacher Rückgabe Elsaß-Lothringens an Deutschland, sondern von einer Teilung nach der Sprachgrenze (S. 322). Von einer veränderten Einstellung zur deutsch-polnischen Grenze ist jedoch noch nichts zu spüren, sie wird anscheinend weder durch die Landung amerikanischer Truppen in Nordafrika, noch durch die Niederlage von Stalingrad oder die alliierte Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands beeinflusst. Sollte Goerdeler dadurch beruhigt gewesen sein, daß die USA im Falle eines deutschen Umsturzes „über eine vernünftige Grenzziehung im Osten mit sich reden lassen würden“ (S. 515, Anm. 18)? Und doch: in einer Denkschrift vom Mai 1943, die Goerdeler über den Stockholmer Bankdirektor Jakob Wallenberg nach London leitete, versprach er für eine neue Regierung die Wiederherstellung der „vollen Selbständigkeit aller europäischen Nationen“. Wallenberg hatte auf Einschränkungen der deutschen Friedenswünsche gedrängt, weil man in London jetzt schon von Deutschland höhere Verzichtleistungen in den Grenzfragen erwartete. Die deutsche Grenze gegen Polen sollte daher „durch Verhandlungen“ festgesetzt werden (S. 329). Auf eine einfache Rückkehr zu den Grenzen von 1914 hatte Goerdeler zum erstenmal verzichtet. Darüber hinaus würde Deutschland „bei Einigung den Bestand Polens verbürgen“ und die Staatsunion Polen-Litauen fördern. Mit diesem etwas merkwürdig anmutenden Förderungsangebot griff Goerdeler anscheinend Spekulationen auf, die schon in der Revisionspolitik Stresemanns und Curtius' eine Rolle gespielt hatten. Die deutsche Bürgschaft für die polnische Ostgrenze von 1938 war Goerdeler auch einen Waffeneinsatz wert, „denn westlich dieser Grenze muß sich die europäische Interessen- und Kulturgemeinschaft bilden, unter deren Mitgliedern es nie wieder Krieg geben darf“.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Widerstandskreise in Deutschland auch über die polnischen Pläne einer Westausdehnung erfuhren, über die Verhandlungen in London seit langem im Gange waren. Es scheint zwar, daß Goerdeler sich von den Mitteilungen über die sich anbahnende Oder-Neiße-Linie tief erschütterte, an die britische Regierung herangetragen wurden. Vgl. G. Ritter, S. 322 u. 514, Anm. 14.

schüttert zeigte, sich aber aus vernünftig-optimistischer Grundhaltung heraus weigerte, diese Pläne ernst zu nehmen. Er warnte jedoch: „Wenn man also hört, daß Polen Ostpreußen und Teile Schlesiens verlangt, ... daß man in Deutschland tun will, was Deutsche selbst tun müssen ..., dann muß man schwarz in die Zukunft Europas und der weißen Völker sehen.“ Diese „leidenschaftlich hinausgerufene Weigerung des Patrioten, sein Vaterland auf Gnade und Ungnade den künftigen Siegermächten auszuliefern“ (S. 330), konnte den Entschluß der Großmächte, Polen eine beträchtliche Gebietserweiterung im Norden und Westen zuzugestehen, nicht mehr ändern. Es war ein „utopisches Bemühen, die Politiker durch Vernunftgründe zu überreden“.

Nur diese Vernunftgründe können neben dem Rechtsgefühl als Motiv für Goerdelers immer erneute Gedanken über die deutsch-polnische Grenze angesehen werden. Als Zeugnis dieser Art sind die Denkschriften aus dem März und dem Spätsommer oder Herbst 1943 zu werten, die sich ausführlich mit dem deutsch-polnischen Problem befaßten.⁹ Optimistisch sah Goerdeler die Möglichkeit, daß „ein selbständiges, richtig behandeltes Polen ganz von selbst wirtschaftlich und politisch Anschluß an Deutschland wird suchen müssen“, zumal „die Eingliederung Polens in Deutschland für uns kein Segen wäre“ (S. 590). Aus der Notwendigkeit, Deutschland gegen einen dauernden Druck der gewaltigen russischen Kraft zu sichern, ergab sich für Goerdeler auch die Notwendigkeit, „den territorialen Bestand Deutschlands, wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat, zu erhalten“. Als Grenze im Osten kam wieder in Betracht „etwa die Reichsgrenze von 1914“. Im übrigen würden „in einem europäischen Staatenbund ... innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen“. „Wir verstehen Empörung und Haß des polnischen Volkes nach allem, was geschehen ist, sehr wohl. Wir würden ebenso fühlen. Aber auch hier gebietet die Verantwortung vor der Zukunft zu verhindern, daß diese Gefühle sich gewalttätig Bahn brechen ...“ Erneut klingt unter Berufung auf die Geschichte der Plan einer polnisch-litauischen Union an, damit Polen „Ersatz für Westpreußen und Posen erhalten kann“. Außerdem sollte Polen über deutsche Häfen „jede Verbindung zum Weltverkehr“ gesichert erhalten. Im Hinblick auf Versailler polnische Argumente und polnische Erfahrungen von 1939 wird festgestellt: „Die Zukunft wird solche Verbindungen nicht mehr von militärischen Fragen abhängig machen, denn sie steht und fällt für alle europäischen Völker mit dem dauernden europäischen Frieden.“ Die ganze moralische Haltung Goerdelers lassen folgende Sätze erkennen, mit denen er seine politischen Gedanken und Visionen im Verhältnis zu Polen gleichsam untermalt hat: „So ist zu hoffen, daß allmählich nach diesen furchtbaren und leidvollen Erfahrungen auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wieder ausgeglichen wird. Jedenfalls werden wir bereit sein, Polen bei der Heilung seiner Wunden und in Zukunft jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.“

An diesen Grundgedanken sollte sich bei Goerdeler nicht mehr viel ändern. Sie vermochten, den wechselnden Kriegsläufen ausgesetzt und schließlich zu Illusionen geworden, den Ablauf der deutschen Katastrophe nicht aufzuhalten, den

⁹) Abgedruckt als Anhang VI bei G. Ritter, S. 570–576. Interpretation: S. 517, Anm. 28, und Anhang VII, S. 577–595, bes. S. 590.

mißglückten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, den Zusammenbruch im Osten ab Januar, die Kapitulation im Mai 1945. Man wird nicht sagen dürfen, daß Goerdelers Bild von der Ostgrenze Deutschlands sich nur in Machtvorstellungen bewegt hat und notwendig dem Opportunismus unterworfen war, den die heraufkommende Katastrophe diktierte. Am Anfang hatte das verletzte Recht gestanden, der Wille, es wiederherzustellen, ist die bewegende Kraft in Goerdelers politischem Denken gewesen. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung schloß notwendig das Recht der Polen im preußischen Osten mit ein; so war es wie ein Nachhall, wenn sich Goerdeler noch im Gefängnis, im September 1944, gefragt hat, ob eine „Teilung der Provinz Posen nach Volkstümern“ vorgenommen werden sollte; damit war er auf ein seit 1848 immer wieder sich stellendes Problem gestoßen. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis solche Fragestellungen mit roher Gewalt ad absurdum geführt wurden. Das hat Goerdeler, „dessen Stimme schon längst zu der eines einsamen Rufers in der Wüste geworden war“, nicht mehr erlebt. Die Aufgabe aber, eine neue, bessere Weltordnung auf den Trümmern des Krieges aufzubauen, sie war geblieben. Ist es nur eine vermessene Illusion gewesen, wenn Goerdeler gehofft hat, daß auch ein innerlich erneuertes Deutschland in ihr einen Rang behaupten könnte, „wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat“?

Richard Breyer

Genealogische Forschung als Beitrag zur Landesgeschichte

Dargestellt am Beispiel einer Ahnenreihe

Der Wert genealogischer Untersuchungen für die landeskundliche Forschung wird vor allem aus historisch-soziologischen Gründen nicht in Frage gestellt. Nichtsdestoweniger ist die Zahl der Veröffentlichungen aus diesem Fachgebiet unter solchen Gesichtspunkten gering, obwohl eine sachgerechte Auswertung genealogischer Forschungsergebnisse aus Ahnen- oder Stammtafeln manche Schlüsse auf größere Zusammenhänge, vom Besonderen zum Allgemeinen erlaubt.

Es erscheint zunächst naheliegend, hierfür vor allem Stammtafeln, d. h. die Deszendenz von einem bestimmten Ahnenträger eines Familienstammes mit wechselnden Verflechtungen seiner männlichen und weiblichen Nachkommen, zugrunde zu legen. Deshalb soll hier untersucht werden, inwieweit die Aufstellung und Auswertung von Ahnentafeln, welche alle Vorfahren einer bestimmten Person von Vater- und Mutterseite her umfassen, zur landesgeschichtlichen Forschung beizutragen vermögen.

Gegenstand der Betrachtung ist nicht die Ahnenreihe einer hervorragenden Persönlichkeit, sondern eines Menschen, der in Lebensführung und -haltung dem Bild seiner Zeit und Gesellschaftsordnung entspricht, nämlich des am 15. Dezember 1824 zu Klein-Münche, Kr. Birnbaum, geborenen Gutsbesitzers Karl Eugen Bogislaus von Unruh, der auf seinem Besitz am 9. Januar 1896 starb. Seine Ahnentafel spiegelt nicht mehr die ständische Geschlossenheit der